



FAQ Coronavirus und Generalversammlungen

Letzte Änderung 15.12.2020

Die nachfolgenden FAQ beziehen sich auf die Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2; SR 818.101.24) vom 13. März 2020 (Stand am 30. April 2020). Aus Praktikabilitätsgründen wird darauf verzichtet, die FAQ den jeweiligen Verordnungsänderungen inhaltlich anzupassen. Sobald Änderungen in Kraft treten, welche Auswirkungen auf die Durchführung von Generalversammlungen haben, werden diese im Rahmen dieses Disclaimers aufgeführt; der Disclaimer geht den FAQ vor.

Zwischenzeitlich sind zwei neue COVID-19-Verordnungen in Kraft getreten:

- Am 20. Juni 2020 ist die Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (**Covid-19-Verordnung besondere Lage**, SR 818.101.26) in Kraft getreten. Diese Verordnung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 2 Buchstaben a und b des Epidemiengesetzes vom 28. September 2012 (EpG) und dient dazu die Verbreitung des Coronavirus zu verhindern und Übertragungsketten zu unterbrechen. Die Covid-19-Verordnung besondere Lage wurde letztmals am 14. Dezember 2020 geändert. Gemäss Art. 6 Covid-19-Verordnung besondere Lage ist die Durchführung von Veranstaltungen verboten. Dieses Verbot gilt auch für Versammlungen von Gesellschaften (Generalversammlungen). Betriebsinterne Veranstaltungen, die für den normalen Arbeitsablauf im Betrieb erforderlich sind (dazu gehören etwa Verwaltungsratssitzungen), fallen hingegen nicht unter das Veranstaltungsverbot. Auch solche Veranstaltungen sollten selbstverständlich nach Möglichkeit online durchgeführt werden; ansonsten gelten die Vorgaben nach Artikel 10 Covid-19-Verordnung besondere Lage.
- Am 22. Juni 2020 ist zudem die Verordnung 3 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (**COVID-19-Verordnung 3**, SR 818.101.24) in Kraft getreten. Diese Verordnung stützt sich direkt auf Artikel 185 Absatz 3 der Bundesverfassung und bezweckt die Kapazitäten der Schweiz zur Bewältigung der Epidemie sicherzustellen. Mit der Covid-19-Verordnung 3 wird die Covid-19-Verordnung 2 vom 13. März 2020 aufgehoben (Art. 28 Covid-19-Verordnung-3). Der bisherige Art. 6f (vormals 6b) Covid-19-Verordnung 2 wird in **Art. 27 Covid-19-Verordnung 3** wiederaufgenommen. Die Covid-19-Verordnung 3 wurde letztmals bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
1	Lockdown gemäss COVID-19-Verordnung 2 (inkl. Änderung vom 16. März 2020)	Können Generalversammlungen (GV) noch wie gewohnt durchgeführt werden?	<p>Der Bundesrat hat am 16. März 2020 die Situation in der Schweiz als «ausserordentliche Lage» eingestuft und die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung weiter verschärft. Gemäss COVID-19-Verordnung 2 und Änderung vom 16. März 2020 (SR 818.101.24) ist es verboten, öffentliche oder private Veranstaltungen, einschliesslich Sportveranstaltungen und Vereinsaktivitäten durchzuführen. Dieses Verbot galt vorerst bis zum 19. April 2020 und wurde zuerst bis zum 26. April 2020 und später bis zum 10. Mai 2020 verlängert.</p> <p>Die Mitwirkungsrechte der Aktionäre/Gesellschafter/Genossenschafter/Vereinsmitglieder müssen gemäss Obligationenrecht in der GV ausgeübt werden. Für alle Beschlussfassungen wird die physische Präsenz der Aktionäre/Gesellschafter/Genossenschafter/Vereinsmitglieder, sowie wo zulässig ihrer persönlichen Vertreter oder des institutionellen Stimmrechtsvertreters an der GV verlangt.</p> <p>GV mit physischer Teilnahme von Aktionären/Gesellschafter/Genossenschafte rn/Vereinsmitgliedern im Sinne des Obligationenrechts gelten als Veranstaltung im Sinne von Art. 6 COVID-19-Verordnung 2 und sind grundsätzlich verboten (zur „Restversammlung“ resp. Spezialfällen siehe unten).</p>
2	Sonderregelung für Versammlungen von Gesellschaften gemäss COVID-19-Verordnung 2	Welche Spezialregelungen gelten für GV?	<p>Für GV hält die COVID-19-Verordnung 2 mit Art. 6b (bisher Art. 6a) eine Sondervorschrift bereit, damit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Rechte unter Einhaltung der Vorgaben des BAG betreffend Hygiene und sozialer Distanz wahrnehmen können: Der Veranstalter kann anordnen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Rechte ausschliesslich auf schriftlichem Weg oder in elektronischer Form (lit. a) oder durch einen vom Veranstalter bezeichneten unabhängigen Stimmrechtsvertreter (lit. b) ausüben können. Die Anordnung muss spätestens vier Tage vor der Veranstaltung schriftlich mitgeteilt oder elektronisch veröffentlicht werden (Art. 6b COVID-19-Verordnung 2).</p>



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
3	Weitere Teilnehmende	Müssen die weiteren Teilnehmenden (Protokollführer, VR, Revisionsstelle, Stimmrechtsvertreter, Notar) an der GV zwingend physisch teilnehmen?	Gestützt auf Art. 6b findet die GV ohne physisches Teilnahmerecht der Aktionäre/Gesellschafter/Genossenschafter/Vereinsmitglieder statt. Weiterhin teilnehmen müssen jedoch: ein Vorsitzender (Mitglied des obersten Leitungs-/Verwaltungsorgans), ein Protokollführer/Stimmzähler, gegebenenfalls der unabhängige Stimmrechtsvertreter, gegebenenfalls Revisionsstellenvertreter und bei beurkundungspflichtigen Beschlüssen ein Notar. Eine physische «Restversammlung» findet daher weiterhin statt. Dabei können Revisionsstellenvertreter in jedem Fall und bei einer GV nach lit. a alle weiteren Teilnehmer, auch auf elektronischem Weg teilnehmen, sofern die Identifikation sichergestellt werden kann.
4	Bewilligung	<p>Wird für die Durchführung der «Restversammlung» nach Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 eine Bewilligung der kantonalen Behörden verlangt?</p> <p>Ist es möglich, mit Bewilligung der zuständigen kt. Behörde dennoch eine physische GV durchzuführen, anstatt von den Möglichkeiten nach Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch zu machen?</p>	<p>Nein, Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 stellt eine Sonderregelung für Versammlungen von Gesellschaften dar. Die Zusammenkunft der weiteren Teilnehmenden im Rahmen der «Restversammlung» ist nach Auffassung des Bundesamtes für Justiz (BJ) keine Versammlung im Sinne von Art. 6b COVID-19-Verordnung 2. Folglich ist für die «Restversammlung» auch keine Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörden im Sinne von Art. 7 COVID-19-Verordnung 2 nötig (unabhängig davon wie viele Teilnehmende an der „Restversammlung“ teilnehmen; dies ist jedoch auf das notwendige Minimum zu beschränken). Die Vorschriften des BAG betreffend Hygiene und soziale Distanz sind einzuhalten.</p> <p>Ja, grundsätzlich besteht die Möglichkeit, bei der zuständigen kantonalen Behörde eine Bewilligung für die Durchführung einer physischen GV einzuholen (ob die zuständige kantonale Behörde eine Bewilligung erteilen wird, kann hier nicht beantwortet werden). Der Veranstalter muss der Behörde dafür ein Schutzkonzept vorlegen, das unter anderem umfassen muss (siehe im Detail Art. 7 COVID-19-Verordnung 2): Massnahmen zum Ausschluss von Personen, die krank sind oder sich krank fühlen; Anpassung der räumlichen Verhältnisse so, dass die Hygieneregeln eingehalten werden können. Wenn Personen wegen Krankheit usw. nicht teilnehmen können, muss sichergestellt sein, dass sie auf elektronischem Weg teilnehmen oder sich vertreten lassen</p>



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
			können. Nach Möglichkeit ist aber auch bei einem sehr kleinen Aktionärskreis auf eine physische Teilnahme der Aktionäre zu verzichten. Die Versammlung mit Rechteaübung auf elektronischem Weg oder mit einem Stimmrechtsvertreter gestützt auf Art. 6b wird zudem in den meisten Fällen weniger aufwendig sein als das Einholen einer Bewilligung von der kantonalen Behörde.
5	AG mit Alleinaktionär	Gilt das Verbot gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 auch für die GV des Alleinaktionärs?	Eine öffentliche oder private Veranstaltung im Sinne von Art. 6 COVID-19-Verordnung 2 ist ein zeitlich begrenztes, in einem definiertem Raum oder Perimeter stattfindendes und geplantes Ereignis, an dem <u>mehrere</u> Personen teilnehmen. Die GV des Alleinaktionärs gilt daher nicht als Veranstaltung i.S.v. Art. 6b COVID-19-Verordnung 2. Dass auch bei der GV des Alleinaktionärs nebst dem Alleinaktionär womöglich andere Personen physisch teilnehmen (andere Teilnehmer im Sinne der „Restversammlung“) ändert daran nichts; entscheidend ist einzig, ob bei der Veranstaltung mehrere Aktionäre physisch teilnehmen oder nicht. Die Zusammenkunft des Alleinaktionärs mit den weiteren Teilnehmenden kann ohne Bewilligung der zuständigen kantonalen Behörde durchgeführt werden. Sobald zwei oder mehr Aktionäre an der Versammlung physisch teilnehmen, fällt die Veranstaltung unter das Verbot gemäss Art. 6 COVID-19-Verordnung 2.
6	GV mit einem einzigen Vertreter	Fällt die Versammlung unter das Verbot gemäss Art. 6 COVID-19-Verordnung 2, wenn ein einziger Vertreter (auch ein Organvertreter) sämtliche Aktionäre vertritt?	Nein, diese Versammlung fällt nicht unter das Verbot gemäss Art. 6 COVID-19-Verordnung 2. Es gilt dasselbe wie bei der GV eines Alleinaktionärs.
7	Andere Rechtsformen	Welche Gesellschaften können für ihre Versammlungen von den Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch machen?	Die Sondervorschriften gemäss COVID-19-Verordnung 2 beziehen sich auf Versammlungen <u>sämtlicher</u> Gesellschaften. Als Gesellschaften i.w.S. gelten neben den Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften und GmbH auch die Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Vereine und Genossenschaften. Vgl.



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
			in diesem Zusammenhang die Ausführungen zu den einzelnen Rechtsformen weiter hinten.
8	Andere Organe	Können auch die anderen Organe (etwa oberstes Leitungs- oder Verwaltungsorgan) für ihre Versammlungen bzw. Sitzungen von den Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch machen?	Gesellschafter sollen ihre Rechte auch in der aktuellen «ausserordentlichen» Lage wahrnehmen können. Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 gibt daher Möglichkeiten, wie die Versammlungen der Mitglieder – die ansonsten zwingend physisch durchzuführenden sind – abgehalten werden können. Für das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan ist eine Sonderregelung nicht notwendig, da bereits das geltende Recht eine physische Versammlung <u>nicht</u> zwingend vorschreibt (vgl. etwa für Aktiengesellschaften Art. 713 Abs. 2 OR). Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 ist somit nur für Versammlungen der Gesellschafter anwendbar, nicht aber für die weiteren Organe der Gesellschaft.
9	Zeitlicher Geltungsbereich	Welche GV fallen unter die Sonderregelung gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2?	Entscheidend ist, dass der Veranstalter während der von der Verordnung vorgegebenen Frist, d.h. bis zum 10. Mai 2020, entscheidet und die entsprechenden Anordnungen trifft. Wann die GV stattfindet, ist nicht relevant. Möglich ist also, dass die GV vor dem 10. Mai 2020 einberufen wird und in der Einberufung die entsprechenden Anordnungen gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 getroffen werden, die GV selber aber nach 10. Mai 2020 stattfindet.
10	Fristberechnung	Welches Datum ist massgeblich für die Berechnung der Frist gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2?	Massgeblich ist das Datum des Poststempels, an welchem die Anordnungen gemäss Art. 6b COVID-19 Verordnung 2 den Gesellschaftern mitgeteilt wurden. <u>Nicht</u> massgeblich ist hingegen das Datum des Zugangs beim Teilnehmer.
11	Telefon- und Videokonferenz	Sind nach Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Generalversammlungen per Video- und Telefonkonferenz möglich?	Ja, Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 ermöglicht die Ausübung der Rechte «in elektronischer Form». Grundsätzlich muss dabei sichergestellt werden, dass jeder Teilnehmende identifiziert/authentifiziert werden und sich an der GV äussern, die Voten anderer Teilnehmenden hören und seine Rechte, namentlich das Stimmrecht, ausüben kann (damit müssen sich auch alle Teilnehmer zum gleichen Zeitpunkt elektronisch zusammenfinden, was etwa per E-Mail nicht möglich wäre). Es wird aber darauf verzichtet, das Erfordernis des Bildes vorzuschreiben. Auch im Fall einer Telefon- oder eine Videokonferenz muss ein Protokoll der GV erstellt werden.



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
12	E-Mail	Ist gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 auch eine Stimmabgabe per E-Mail möglich?	Nein. Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 ermöglicht die Ausübung der Rechte «auf schriftlichem Weg». Der Schriftlichkeit gleichgestellt ist eine qual. el. Signatur, nicht aber ein Email.
13	Öffentliche Beurkundung	Gilt die Sonderregelung gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 auch für öffentlich zu beurkundende Traktanden?	Ja, die Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 gelten für sämtliche Traktanden einer GV – auch für die beurkundungspflichtigen Beschlüsse. Andernfalls würde die Bestimmung ins Leere laufen. Gemäss Art. 6 Abs. 2 COVID-19-Verordnung 2 sind öffentlich zugängliche Einrichtungen für das Publikum geschlossen. Geöffnet bleibt jedoch bis auf Weiteres die öffentliche Verwaltung (Art. 6 Abs. 3 Bst. j COVID-19-Verordnung 2) und damit auch die Amtsnotariate. Gemäss der Auffassung des Bundesamts für Justiz (BJ) ist die Verordnungsbestimmung dahingehend auszulegen, dass es sich bei den freiberuflichen Notariaten nicht um eine «öffentlich zugängliche Einrichtung» (Art. 6 Abs. 2 COVID-19-Verordnung 2) handelt und diese entsprechend ebenfalls <u>nicht</u> geschlossen werden müssen. Die Möglichkeit der öffentlichen Beurkundung bleibt somit gewahrt. Die öffentliche Beurkundung richtet sich weiterhin nach den kantonalen Beurkundungsvorschriften.
14	Einberufung/Anordnung	Wie gehen wir vor, wenn wir von den Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch machen wollen?	<u>Hat der Verwaltungsrat die GV noch nicht formell einberufen</u> , gelten für die Einberufung weiterhin die gesetzlichen Bestimmungen gemäss Obligationenrecht (d.h. namentlich Einberufung spätestens 20 Tage vor der Versammlung). Es empfiehlt sich, die speziellen Anordnungen gemäss COVID-19-Verordnung 2, die nun zusätzlich zu den gesetzlichen Bestimmungen gelten, bereits in die Einberufung aufzunehmen (Hinweis auf die für die Teilnehmenden zur Verfügung stehenden Arten der Ausübung ihrer Rechte an der GV usw.). <u>Ist die GV schon einberufen</u> , so ist eine erneute Einladung nicht notwendig. Für die neuen Anordnungen sind die Einladungsfristen nicht einzuhalten, sondern diese sind spätestens 4 Tage vor der Veranstaltung schriftlich mitzuteilen oder elektronisch zu veröffentlichen.
15	Sonderregelung gemäss Änderung der COVID-19-	Entspricht die Sonderregelung für GV gemäss Art. 6b COVID-19-	Im Rahmen der Revision des Aktienrechts (16.077, Entwurf 1) wird die virtuelle GV eingeführt. Das Revisionsprojekt befindet sich jedoch noch in der



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
	Verordnung 2 und virtuelle GV	Verordnung 2 der Möglichkeit der virtuelle GV gemäss Aktienrechtsrevision?	<p>Differenzbereinigung. Vor der Schlussabstimmung darf der Bundesrat keine Bestimmung vorzeitig in Kraft setzen.</p> <p>Mit der Sonderregelung für Versammlungen von Gesellschaften gemäss Art. 6b Abs. 1 lit. a COVID-19-Verordnung 2 wird zumindest bis zum 10. Mai 2020 eine vergleichbare Regelung eingeführt. Die Möglichkeiten unterscheiden sich allerdings in einigen Punkten deutlich von der virtuellen GV gemäss Aktienrechtsrevision:</p> <ul style="list-style-type: none">- Für die virtuelle GV gemäss Aktienrechtsrevision wird eine statutarische Grundlage vorausgesetzt. Um von den Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch machen zu können, braucht es <u>keine</u> statutarische Grundlage.- Bei der virtuellen GV gemäss Aktienrechtsrevision muss der Verwaltungsrat in der Einberufung einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter bezeichnen. In Art. 6b Abs. 1 lit. a der COVID-19-Verordnung 2 ist dieses Erfordernis bewusst nicht enthalten.
16	Unabhängiger Stimmrechtsvertreter	Wann ist ein unabhängiger Stimmrechtsvertreter zu bezeichnen und wer ist für die Wahl zuständig?	<p>Jede <u>börsenkotierte Gesellschaft</u> hat schon bis anhin ohnehin zwingend einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter zu bezeichnen. Für die Wahl des unabhängigen Stimmrechtsvertreter ist die GV zuständig. Fällt dieser nach seiner Wahl aus, so ist der VR für die Benennung eines Ersatzes zuständig.</p> <p><u>Nicht börsenkotierte Gesellschaften</u> haben gemäss Obligationenrecht nur dann zwingend einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter zu bezeichnen, wenn sie den Aktionären ein Mitglied ihrer Organe oder andere abhängige Personen für die Stimmrechtsvertretung an der GV vorschlagen. Ohne anderslautende statutarische Bestimmung wählt der Verwaltungsrat den unabhängigen Stimmrechtsvertreter.</p> <p>Mit der Sonderregelung für GV gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 können die Aktionäre verpflichtet werden, ihre Rechte (auch das Auskunfts- und Informationsrecht sowie das Antragsrecht) durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter ausüben zu lassen. Für die Bezeichnung des unabhängigen Stimmrechtsvertreter ist – sofern ein solcher nicht bereits</p>



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
			bezeichnet wurde – gemäss COVID-19-Verordnung 2 der Veranstalter, d.h. bei Aktiengesellschaften der Verwaltungsrat, zuständig.
17	Formvorschrift für Vollmacht und Weisungserteilung	Können Vollmachten und Weisungen an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter auch elektronisch erteilt werden?	Bei börsenkotierten Aktiengesellschaften verlangt die einschlägige Verordnung (Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Gesellschaften), dass Vollmachten und Weisungen auch elektronisch erteilt werden können. Das muss auch bei nicht börsenkotierten Gesellschaften zulässig sein, wenn von der Möglichkeit gemäss Art. 6b Abs. 1 lit. b COVID-19-Verordnung 2 Gebrauch gemacht wird.
18	Verweigerung der Teilnahme	Kann den Aktionären verboten werden, an der GV teilzunehmen resp. können die Aktionäre abgewiesen werden?	Gemäss Obligationenrecht haben Aktionäre ein Recht auf Teilnahme an der GV. Verwaltungsratsbeschlüsse oder GV-Beschlüsse, welche das Recht eines Aktionärs auf Teilnahme an der GV entziehen oder einschränken sind nichtig. GV-Beschlüsse, welche in Abwesenheit von befugten Teilnehmer erfolgen, sind anfechtbar. Mit der COVID-19-Verordnung 2 können die Aktionäre allerdings verpflichtet werden, ihre Rechte <u>ausschliesslich</u> auf schriftlichem Weg oder in elektronischer Form oder durch einen vom Veranstalter bezeichneten unabhängigen Stimmrechtsvertreter auszuüben. Das Recht auf physische Teilnahme des Aktionärs an der Versammlung wird somit vorübergehend eingeschränkt.
19	Verschiebung GV	Was gilt, wenn die GV trotz der Möglichkeiten gemäss COVID-19-Verordnung 2 nicht durchgeführt werden kann?	Wenn der Veranstalter sich trotz der Möglichkeiten gemäss Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 ausser Stande sieht, eine GV durchzuführen, muss er die GV auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Zwar sieht das Obligationenrecht vor, dass der Verwaltungsrat die ordentliche GV innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres einzuberufen hat. Es handelt sich bei dieser Frist allerdings nur um eine Ordnungsfrist; im Falle des Überschreitens der Frist wird weder die Versammlung ungültig, noch sind die gefassten Beschlüsse anfechtbar. Eine Neuansetzung der GV könnte somit auch erst in der zweiten Jahreshälfte erfolgen.



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
20	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Gelten für die Gesellschafterversammlung einer GmbH dieselben Grundsätze wie bei der GV einer Aktiengesellschaft?	Ja, grundsätzlich sind die Vorschriften des Aktienrechts entsprechend anwendbar. Eine wichtige Ausnahme gilt in Bezug auf das physische Abhalten der Versammlung: Bei einer GmbH können die Gesellschafterversammlungsbeschlüsse auch schriftlich gefasst werden, sofern nicht ein Gesellschafter die mündliche Beratung verlangt. Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 hat daher für GmbH nicht dieselbe Bedeutung wie für AG, ist aber grundsätzlich ebenfalls anwendbar. So gilt insbesondere auch für eine GmbH, dass die Rechte der Gesellschafter in elektronischer Form ausgeübt werden können (Telefon- oder Videokonferenz).
21	Genossenschaft	Gelten für die GV der Genossenschaft dieselben Grundsätze wie für die GV einer Aktiengesellschaft?	Da bei Genossenschaften das Vertretungsrecht an der GV von Gesetzes wegen und statutarisch eingeschränkt ist, wird für die Genossenschaften vor allem die Regelung gemäss Art. 6b Abs. 1 lit. a COVID-19-Verordnung 2 (Wahrnehmung der Rechte schriftlich oder in elektronischer Form) von Bedeutung sein. Diese Möglichkeiten gelten selbst dann, wenn eine sog. Urabstimmung nicht in den Statuten vorgesehen ist oder von Gesetzes wegen nicht zulässig wäre. Zudem ist auch für die Delegiertenversammlung einer Genossenschaft die schriftliche oder elektronische Abstimmung möglich.
22	Vereine	Gelten für Versammlungen von Vereinen dieselben Grundsätze wie bei der GV einer Aktiengesellschaft?	Da bei Vereinen das Vertretungsrecht an der Versammlung von Gesetzes wegen und statutarisch eingeschränkt ist, wird für die Vereine vor allem die Regelung gemäss Art. 6b Abs. 1 lit. a COVID-19-Verordnung 2 (Wahrnehmung der Rechte schriftlich oder in elektronischer Form) von Bedeutung sein. Einstimmigkeit i.S.v. Art. 66 Abs. 2 ZGB ist dabei nicht verlangt. Dies gilt selbst dann, wenn ein schriftlicher Mehrheitsbeschluss in den Statuten nicht vorgesehen ist. Zudem ist auch für die Delegiertenversammlung eines Vereins die schriftliche oder elektronische Abstimmung möglich.
23	Stiftungen	Gelten für die Sitzungen von Stiftungsräten dieselben	Nein. Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 regelt lediglich die GV. Nicht anwendbar ist die Bestimmung für Sitzungen/Beschlüsse der obersten Leitungs-



Nr.	Stichwort	Frage	Antwort
		<p>Grundsätze wie bei der GV einer Aktiengesellschaft?</p> <p>Was gilt für die Anlegerversammlungen von Anlagestiftungen?</p>	<p>/Verwaltungsorgane einer Gesellschaft (etwa Verwaltungsrat einer AG). Entsprechend ist die Bestimmung auch für Sitzungen/Beschlüsse von Stiftungsräten nicht anwendbar.</p> <p>Aufgrund des Verweises in Art. 3 Abs. 1 ASV (Art. 53k BVG) auf das Aktienrecht, gilt Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 auch für die Anlegerversammlungen von Anlagestiftungen.</p>
24	Stockwerkeigentümer-Versammlung	Gelten für Versammlungen von Stockwerkeigentümergeinschaften dieselben Grundsätze wie bei der GV einer Gesellschaft?	Stockwerkeigentümergeinschaften sind zwar keine Gesellschaften im Rechtssinn. Art. 712m Abs. 2 ZGB verweist für die Versammlung der Stockwerkeigentümer jedoch auf die Bestimmungen des Vereinsrechts. Entsprechend findet auch Art. 6b COVID-19-Verordnung 2 Anwendung. Die Verwaltung der Stockwerkeigentümergeinschaft kann somit insbesondere anordnen, dass die Stockwerkeigentümer ihr Stimmrecht auf schriftlichem Weg oder in elektronischer Form auszuüben haben.

FAQ Coronavirus et assemblées générales

Dernière modification 15.12.2020

Les suivantes FAQ renvoient à l'Ordonnance 2 sur les mesures destinées à lutter contre le coronavirus (COVID-19) (Ordonnance 2 COVID-19 : RS 818.101.24) du 13 mars 2020 (Etat le 30 avril 2020). Pour des raisons pratiques, il est renoncé à adapter le contenu de la FAQ selon les modifications respectives de l'ordonnance. Dès l'entrée en vigueur de modifications, ayant un impact sur le déroulement des assemblées générales, elles seront énumérées dans ce présent disclaimer, qui prévaut sur la FAQ.

Deux nouvelles ordonnances COVID-19 sont entrées en vigueur :

- Le 20 juin 2020 est entrée en vigueur l'Ordonnance sur les mesures destinées à lutter contre l'épidémie de Covid-19 en situation particulière (**Ordonnance Covid-19 situation particulière**, RS 818.101.26). Cette ordonnance se fonde sur l'article 7 alinéa 2 lettres a et b de la Loi sur les épidémies du 28 septembre 2012 (LEp) et vise à prévenir la propagation du coronavirus et à interrompre les chaînes de transmission. L'Ordonnance COVID-19 situation particulière a été modifiée pour la dernière fois le 14 décembre 2020. Selon l'art. 6 al. 1 de l'Ordonnance COVID-19 situation particulière, les manifestations sont interdites. Cette interdiction s'applique également aux assemblées de sociétés (assemblées générales). Toutefois, les manifestations internes nécessaires au déroulement normal de leurs activités (comme les réunions du conseil d'administration) ne tombent pas sous le coup de l'interdiction des manifestations. Dans la mesure du possible, de telles réunions doivent se tenir de manière virtuelle; sinon, les prescriptions de l'art. 10 de l'Ordonnance COVID-19 situation particulière s'appliquent.
- En outre, l'Ordonnance 3 sur les mesures destinées à lutter contre le coronavirus (**Ordonnance 3 COVID-19**, RS 818.101.24) est entrée en vigueur le 22 juin 2020. Cette ordonnance se fonde directement sur l'art. 185 alinéa 3 de la Constitution fédérale et vise à assurer la capacité de la Suisse à faire face à l'épidémie. L'Ordonnance 3 COVID-19 abroge l'Ordonnance 2 COVID-19 du 13 mars 2020 (art. 28 Ordonnance 3 COVID-19). L'actuel art. 6f (anciennement 6b) de l'Ordonnance 2 Covid-19 est repris à l'**art. 27 de l'Ordonnance 3 Covid-19**. L'Ordonnance 3 Covid-19 a été prolongée pour la dernière fois jusqu'au 31 décembre 2021.



N.	Mot clé	Question	Réponse
1	Lockdown selon l'Ordonnance 2 COVID-19 (y. c. modification du 16 mars 2020)	Est-ce que les assemblées générales (AG) peuvent avoir lieu comme d'ordinaire ?	<p>Le Conseil fédéral a qualifié la situation en Suisse de « situation extraordinaire » et a renforcé les mesures de protection de la population. Selon l'Ordonnance 2 COVID-19 et la modification du 16 mars 2020 (RS 818.101.24), toutes les manifestations publiques ou privées, y compris les manifestations sportives et les activités associatives, sont interdites. Cette interdiction avait effet jusqu'au 19 avril 2020 mais a été prolongée d'abord jusqu'au 26 avril 2020 et plus tard jusqu'au 10 mai 2020. Les droits sociaux des actionnaires/associés/sociétaires/membres de l'association doivent, selon le Code des obligations, être exercés lors de l'AG. Pour toutes les résolutions, la présence physique des actionnaires/associés/sociétaires/membres de l'association, ainsi que lorsqu'autorisé, de leurs représentants personnels ou des représentants institutionnels lors de l'AG est exigée. Les AG avec participation physique des actionnaires/associés/sociétaires/membres de l'association au sens du Code des obligations sont considérées comme des manifestations selon l'art. 6 de l'Ordonnance 2 COVID-19 et sont en principe interdites (pour l'« assemblée résiduelle », respectivement les cas particuliers, voir ci-dessous).</p>
2	Règlementations spéciales pour les assemblées de sociétés selon l'Ordonnance 2 COVID-19	Quelles règles spéciales s'appliquent aux AG ?	<p>Pour les AG, l'art 6b (anciennement l'art 6a) Ordonnance 2 COVID-19 prévoit une disposition spéciale afin de permettre aux participants d'exercer leurs droits tout en respectant les exigences de l'OFSP en matière d'hygiène et de distance sociale : l'organisateur peut imposer aux participants d'exercer leurs droits exclusivement par écrit ou sous forme électronique (let. a), ou par l'intermédiaire d'un représentant indépendant désigné par l'organisateur (let. b).</p>



			La décision doit être notifiée par écrit ou publiée sous forme électronique au plus tard quatre jours avant l'assemblée (Art. 6b Ordonnance 2 COVID-19).
3	Autres participants	Les autres participants (secrétaire, conseil d'administration, organe de révision, représentant, notaire) doivent-ils assister physiquement à l'AG ?	En vertu de l'art. 6b, l'AG a lieu sans droit de participation physique des actionnaires/associés/sociétaires/membres de l'association. Toutefois, doivent continuer à y assister un président (membre de l'organe supérieur de direction ou d'administration), un secrétaire/scrutateur, le cas échéant, un représentant indépendant et un notaire pour les décisions nécessitant la forme authentique. Une « assemblée résiduelle » physique continue donc à avoir lieu. Dans ce cadre, les représentants de l'organe de révision et, dans le cas d'une AG selon la let. a, tous les autres participants, peuvent également y prendre part par la voie électronique, pour autant que l'identification soit assurée.
4	Autorisation	Est-ce que la tenue d'une « assemblée résiduelle » selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 nécessite une autorisation des autorités cantonales ? Est-il possible, avec une autorisation des autorités cantonales compétentes, de tenir une AG physique en lieu et	Non, l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 constitue une réglementation spéciale pour les assemblées de sociétés. De l'avis de l'Office fédéral de la justice (OFJ), la réunion des autres participants dans le cadre d'une « assemblée résiduelle » n'est pas une assemblée au sens de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19. Par conséquent, une autorisation des autorités cantonales compétentes au sens de l'art. 7 Ordonnance 2 COVID-19 n'est <u>pas</u> nécessaire pour l'« assemblée résiduelle » (indépendamment du nombre de participants à l'« assemblée résiduelle » ; celle-ci doit être toutefois limité au minimum nécessaire) Les prescriptions de l'OFSP en matière d'hygiène et de distance sociale doivent être respectées. Oui, en principe, la possibilité d'obtenir une autorisation des autorités cantonales compétentes pour la tenue d'une AG physique reste (il n'est pas possible de répondre ici à la question de savoir si l'autorité cantonale compétente accordera une autorisation). L'organisateur doit présenter à



		place de faire usage des possibilités de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	l'autorité un plan de protection, qui doit notamment comprendre (voir en détail l'art. 7 Ordonnance 2 COVID-19) ; les mesures visant à exclure les personnes malades ou qui se sentent malades, l'adaptation des locaux de manière à permettre le respect des règles d'hygiène. Si des personnes ne peuvent participer pour cause de maladie, il faut assurer qu'elles puissent participer par la voie électronique ou se faire représenter. Cependant, si possible, même si le cercle des participants est très restreint, il s'agit d'éviter une présence physique. En outre, une assemblée avec l'exercice des droits par voie électronique ou par le biais d'un représentant, fondée sur l'art. 6b, sera dans la plupart des cas moins contraignante que l'obtention d'une autorisation par les autorités cantonales.
5	AG avec un actionnaire unique	L'interdiction prévue à l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 s'applique-t-elle également à l'AG avec un actionnaire unique ?	Une manifestation publique ou privée au sens de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 est un événement temporaire qui a lieu et est planifié dans une salle ou un périmètre défini et auquel participent <u>plusieurs</u> personnes. L'AG de l'actionnaire unique n'est donc pas considérée comme une manifestation au sens de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19. Le fait que d'autres personnes (autres participants au sens de l'« assemblée résiduelle ») peuvent également participer à l'AG de l'actionnaire unique en plus de ce dernier ne change rien à cela ; le seul facteur déterminant est la participation physique ou non de plusieurs actionnaires à la manifestation. La réunion de l'actionnaire unique avec les autres participants peut avoir lieu sans autorisation des autorités cantonales compétentes. Dès que deux ou plusieurs actionnaires participent physiquement à l'AG, la manifestation tombe sous le coup de l'interdiction de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19.



6	AG avec un représentant unique	L'assemblée tombe-t-elle sous le coup de l'interdiction de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 si un représentant unique (y compris par un membre d'un organe de la société) représente tous les actionnaires ?	Non, cette assemblée ne tombe pas sous le coup de l'interdiction de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19. Ce qui vaut pour l'AG de l'actionnaire unique est également valable ici.
7	Autres formes juridiques	Quelles sociétés peuvent utiliser les possibilités de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 pour leurs assemblées ?	Les règles spéciales selon l'Ordonnance 2 COVID-19 se réfèrent aux assemblées de <u>toutes</u> les sociétés. Outre les sociétés de capitaux telles que les sociétés anonymes et les sociétés à responsabilité limitée, sont également considérées comme des sociétés les sociétés en nom collectif, les sociétés en commandites, les associations et les sociétés coopératives. Voir dans ce contexte les commentaires sur les différentes formes juridiques plus loin.
8	Autres organes	Les autres organes (tels que l'organe supérieur de direction ou d'administration) peuvent-ils également faire usage des possibilités offertes par l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 pour leurs assemblées ou réunions ?	Les actionnaires doivent pouvoir exercer leurs droits même dans la « situation extraordinaire » actuelle. L'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 donne donc des possibilités de tenir les assemblées de membres – qui doivent se dérouler physiquement. Pour l'organe supérieur de direction ou d'administration, une réglementation spéciale n'est pas nécessaire, car le droit applicable ne prescrit déjà <u>pas</u> une assemblée physique (voir par exemple l'art. 713 al. 2 CO pour les sociétés anonymes). L'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 n'est donc applicable qu'aux assemblées des actionnaires, mais pas à celles des autres organes de la société.
9	Champ d'application temporel	Quelles AG tombent sous le coup de la réglementation	Est décisif le fait que l'organisateur décide et prenne les dispositions appropriées pendant la période prévue par l'ordonnance, c'est-à-dire jusqu'au 10 mai 2020. Le moment où l'AG a lieu n'est pas pertinent. Il est



		spéciale selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	donc possible que l'assemblée générale soit convoquée avant le 10 mai 2020 et que les décisions appropriées aient été indiquées dans l'invitation conformément à l'art. 6b de l'Ordonnance 2 COVID-19, mais que l'AG elle-même n'ait lieu qu'après le 10 mai 2020.
10	Computation des délais	Quelle est la date pertinente pour le calcul du délai conformément à l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	Est pertinent la date du cachet postal qui figure sur la notification aux actionnaires portant sur les décisions prises en vertu de l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19. N'est ainsi <u>pas</u> déterminant la date de réception par le participant.
11	Conférence téléphonique et visioconférence	Les assemblées générales par visioconférence et conférence téléphonique sont-elles possibles selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	Oui, l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 permet l'exercice des droits « sous forme électronique ». En principe, il doit être assuré que chaque participant soit identifié/authentifié et qu'il puisse s'exprimer à l'AG, entendre les votes des autres participants et exercer ses droits, à savoir le droit de vote (cela signifie que tous les participants doivent se réunir en même temps électroniquement, ce qui ne serait pas possible par e-mail). Toutefois, l'exigence d'un visuel n'est pas prescrite. Même dans le cas d'une conférence téléphonique ou visioconférence un procès-verbal de l'AG doit être rédigé.
12	E-mail	Est-ce qu'un vote par e-mail est également possible selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	Non. L'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 permet l'exercice des droits « par écrit ». La forme écrite équivaut à une signature qualifiée, mais pas à un e-mail.
13	Acte authentique	La réglementation spéciale selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 s'applique-t-elle également pour les points de l'ordre du jour qui requièrent la forme authentique?	Oui, les possibilités selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 s'appliquent à tous les points de l'ordre du jour – également pour les décisions qui nécessitent la forme authentique. Dans le cas contraire, cette disposition n'aurait aucun effet. Conformément à l'art. 6 al. 2 Ordonnance 2 COVID-19, les établissements publics sont fermés au public. Cependant, l'administration publique (art. 6 al. 3 let. j Ordonnance 2 COVID-19) et donc aussi les études de notaires



			restent ouvertes jusqu'à nouvel avis. Selon l'avis de l'Office fédéral de la justice (OFJ), la disposition de l'ordonnance doit être interprétée en ce sens que les études de notaires indépendants ne sont pas des « établissements publics » (art. 6 al. 2 Ordonnance 2 COVID-19) et que, par conséquent, elles ne doivent <u>pas</u> être fermées. La possibilité d'une instrumentation publique est ainsi maintenue. L'instrumentation continue d'être régie par les réglementations cantonales en la matière.
14	Convocation/décision	Comment procéder pour faire usage des possibilités offertes par l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ?	<p><u>Si le conseil d'administration n'a pas encore convoqué formellement l'AG</u>, les dispositions légales du Code des obligations (c.-à-d. en particulier convocation au moins 20 jours avant l'assemblée) continuent à s'appliquer à la convocation. Il est conseillé d'inclure les dispositions spécifiques de l'Ordonnance 2 COVID-19, qui s'appliquent désormais en plus des dispositions légales, dans la convocation (référence aux modalités d'exercice des droits des participants à l'AG, etc.).</p> <p><u>Si l'AG a déjà été convoquée</u>, une nouvelle convocation n'est pas nécessaire. Pour les nouvelles dispositions, il n'est pas nécessaire de respecter le délai de convocation, pour autant que ces dernières soient notifiées par écrit ou publiées sous forme électronique au plus tard quatre jours avant l'assemblée.</p>
15	Réglementation spéciale selon la modification de l'Ordonnance 2 COVID-19 et AG virtuelle	Est-ce que la réglementation spéciale pour l'AG selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 couvre également la possibilité d'AG virtuelle selon la révision du droit de la société anonyme ?	La révision du droit de la société anonyme (16.077, projet 1) prévoit l'introduction de l'AG virtuelle. Cependant, le projet de révision est encore au stade de l'élimination des divergences. Le Conseil fédéral ne peut, avant le vote final, mettre en vigueur de manière anticipée une disposition. Avec la réglementation spéciale pour les assemblées de sociétés selon l'art. 6b al. 1 let. a Ordonnance 2 COVID-19, une réglementation similaire est introduite, au moins jusqu'au 10 mai 2020. Toutefois, les possibilités diffèrent sensiblement sur certains points de l'AG virtuelle selon la révision du droit de la société anonyme :



			<ul style="list-style-type: none">- Pour l'AG virtuelle selon la révision du droit de la société anonyme une base légale statutaire sera nécessaire. Pour faire usage des possibilités selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19, <u>aucune</u> base légale statutaire n'est nécessaire.- Dans la cadre de l'AG virtuelle selon la révision du droit de la société anonyme, le conseil d'administration doit désigner un représentant indépendant dans la convocation. L'art. 6b al. 1 lit. a Ordonnance 2 COVID-19 ne prévoit délibérément pas cette exigence.
16	Représentant indépendant	Quand faut-il désigner un représentant indépendant et qui est compétent pour le désigner ?	<p>Chaque <u>société cotée en bourse</u> a déjà l'obligation de désigner un représentant indépendant. C'est l'AG qui est compétente pour nommer le représentant indépendant. Si le représentant ne peut être présent après son élection, c'est le conseil d'administration qui est chargé de désigner un remplaçant.</p> <p>Les <u>sociétés non cotées en bourse</u> ne sont tenues, selon le Code des obligations, de désigner un représentant indépendant que si elles proposent aux actionnaires la représentation par un organe ou une autre personne dépendant d'elles. Sauf disposition contraire des statuts, le conseil d'administration désigne le représentant indépendant.</p> <p>Avec la réglementation spéciale pour l'AG selon l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19, les actionnaires peuvent être obligés d'exercer leurs droits (y compris le droit d'obtenir des renseignements et des informations ainsi que le droit de faire des propositions) par l'intermédiaire du représentant indépendant. Pour la désignation du représentant indépendant, selon l'Ordonnance 2 COVID-19, l'organisateur est responsable, c'est-à-dire le conseil d'administration pour les sociétés anonymes – pour autant qu'un tel représentant n'ait pas déjà été désigné.</p>



17	Exigences de forme pour la procuration et les instructions	Les procurations et les instructions au représentant indépendant peuvent-elles également être délivrées par la voie électronique ?	Pour les sociétés anonymes cotées en bourse, l'ordonnance pertinente (Ordonnance contre les rémunérations abusives dans les sociétés anonymes cotées en bourse) exige que les procurations et instructions puissent également être soumises par voie électronique. Cela doit également être admis pour les sociétés non cotées en bourse lorsqu'il est fait usage de la possibilité de l'art. 6b al. 1 lit. b Ordonnance 2 COVID-19.
18	Refus de participation	Les actionnaires peuvent-ils se voir interdire d'assister à l'AG, respectivement peuvent-ils se faire refuser ?	Selon le Code des obligations, les actionnaires ont un droit de participation à l'AG. Les décisions du conseil d'administration et de l'AG qui suppriment ou limitent le droit d'un actionnaire à participer à l'AG sont nulles et non avenues. Les décisions adoptées en l'absence des participants autorisés peuvent être contestées. Toutefois, avec l'Ordonnance 2 COVID-19, les actionnaires peuvent être contraints d'exercer leurs droits <u>exclusivement</u> par écrit ou sous forme électronique ou par l'intermédiaire d'un représentant indépendant désigné par l'organisateur. Le droit de l'actionnaire de participer physiquement à l'AG est donc temporairement restreint.
19	Report de l'AG	Qu'en est-il si l'AG ne peut avoir lieu malgré les possibilités offertes par l'Ordonnance 2 COVID-19 ?	Si, malgré les possibilités offertes par l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19, l'organisateur ne se sent pas en mesure de tenir une AG, il doit reporter l'AG à une date ultérieure. Le code des obligations prévoit que le conseil d'administration doit convoquer l'AG ordinaire dans les six mois suivant la fin de l'exercice. Cependant, ce délai n'est qu'un délai d'ordre ; si le délai est dépassé, la tenue de l'AG ne devient pas invalide et les décisions prises ne peuvent pas non plus être contestées pour ce motif. Une nouvelle AG pourrait donc être convoquée au cours du second semestre de l'année.
20	Société à responsabilité limitée (Sàrl)	Les principes applicables à l'AG d'une société anonyme	Oui, en principe les dispositions du droit de la société anonyme s'appliquent par analogie.



		s'appliquent-ils également à l'assemblée des associés d'une Sàrl ?	Une exception importante s'applique en ce qui concerne la tenue physique d'une assemblée : dans le cas d'une Sàrl, les décisions de l'assemblée des associés peuvent également être prises par écrit, pour autant qu'aucun associé ne requière une discussion orale. L'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 n'a donc pas la même signification pour la Sàrl que pour la SA, mais est en principe également applicable. Ainsi, les droits des associés d'une Sàrl peuvent, en particulier, être également exercés sous la forme électronique (conférence téléphonique ou visioconférence).
21	Société coopérative	Les principes applicables à l'AG d'une société anonyme s'appliquent-ils également à l'AG d'une société coopérative ?	Comme le droit de représentation à l'AG des sociétés coopératives est limité de par la loi et les statuts, la réglementation selon l'art. 6b al. 1 let. a Ordonnance 2 COVID-19 (exercice des droits par écrit ou sous forme électronique) est particulièrement pertinente pour les coopératives. Ces possibilités s'appliquent même si un vote par correspondance n'est pas prévu dans les statuts ou ne serait pas autorisé par la loi. En outre, le vote écrit ou électronique est également possible pour l'assemblée des déléguées d'une coopérative.
22	Association	Les principes applicables à l'AG d'une société anonyme s'appliquent-ils également à l'assemblée d'une association ?	Comme le droit de représentation à l'assemblée est limité par la loi et par les statuts, la réglementation selon l'art. 6b al. 1 let. a Ordonnance 2 COVID-19 (exercice des droits par écrit ou sous forme électronique) est particulièrement pertinente pour les associations. L'unanimité au sens de l'art. 66 al. 2 CC n'est pas requise. Cela s'applique même si la prise d'une décision par écrit à la majorité des voix n'est pas prévue dans les statuts. En outre, le vote écrit ou électronique est également possible pour l'assemblée des déléguées d'une association.
23	Fondations	Les mêmes principes relatifs à l'AG d'une société anonyme	Non. L'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 ne règle que l'AG. La disposition relative aux réunions/décisions de l'organe supérieur de direction ou d'administration d'une société (par exemple, le conseil d'administration



		<p>s'appliquent-ils aux réunions de conseil de fondations ?</p> <p>Qu'en est-il des assemblées des investisseurs pour les fondations de placement ?</p>	<p>d'une SA) ne s'applique pas. Par conséquent, la disposition n'est pas non plus applicable aux réunions/décisions des conseils de fondation.</p> <p>En raison du renvoi de l'art. 3 al. 1 OFP (art. 53k LPP) au droit de la société anonyme, l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 s'applique également aux assemblées des investisseurs de fondations de placement.</p>
24	Assemblée des propriétaires d'étages	Les mêmes principes relatifs à l'AG d'une société sont-ils applicables aux assemblées des propriétaires d'étages ?	Les communautés de propriétaires d'étages ne sont pas des sociétés au sens juridique du terme. L'art. 712m al. 2 CC renvoie toutefois aux dispositions du droit des associations en ce qui concerne l'assemblée des propriétaires d'étages. Par conséquent, l'art. 6b Ordonnance 2 COVID-19 est également applicable. L'administration de la communauté des propriétaires d'étages peut ainsi notamment ordonner que les propriétaires d'étages exercent leur droit de vote par écrit ou sous forme électronique.



FAQ Coronavirus e assemblee generali

Ultima modifica 15.12.2020

Le seguenti FAQ si riferiscono all'Ordinanza 2 sui provvedimenti per combattere il coronavirus (COVID-19) (Ordinanza 2 COVID-19; RS 818.101.24) del 13 marzo 2020 (stato 30 aprile 2020). Per motivi di praticabilità, si rinuncia a modificare il contenuto delle FAQ per adeguarle alle rispettive modifiche dell'ordinanza. Non appena entreranno in vigore modifiche che hanno un impatto sullo svolgimento delle assemblee generali (AG), esse saranno indicate nel presente disclaimer; il disclaimer ha la precedenza rispetto alle FAQ.

Sono entrate in vigore due nuove ordinanze COVID 19:

- Il 20 giugno 2020 è entrata in vigore l'ordinanza sui provvedimenti per combattere l'epidemia di COVID-19 in situazione particolare (**Ordinanza COVID-19 situazione particolare**, RS 818.101.26). La presente ordinanza si basa sull'articolo 6 capoverso 2 lettere a e b della legge sulle epidemie del 28 settembre 2012 (LEp) e serve a impedire la diffusione del coronavirus e interrompere le catene di trasmissione. L'Ordinanza COVID-19 situazione particolare è stata modificata l'ultima volta il 14 dicembre 2020. Secondo l'art. 6 Ordinanza COVID-19 situazione particolare, lo svolgimento di manifestazioni è vietato. Tale divieto si applica anche alle assemblee delle società (assemblee generali). Tuttavia, le manifestazioni aziendali interne necessarie per il normale svolgimento dell'attività (come le sedute del Consiglio di Amministrazione) non sono coperte dal divieto di manifestazioni. Anche tali manifestazioni dovrebbero naturalmente svolgersi possibilmente online; altrimenti, in situazioni particolari, si applicano i requisiti dell'articolo 10 dell'Ordinanza COVID-19 situazione particolare.
- Inoltre, il 22 giugno 2020 è entrata in vigore l'ordinanza 3 sui provvedimenti per combattere l'epidemia di coronavirus (**Ordinanza 3 COVID-19**, RS 818.101.24). Questa ordinanza si basa direttamente sull'articolo 185 capoverso 3 della Costituzione federale ed è finalizzata a salvaguardare le capacità della Svizzera di far fronte all'epidemia. L'ordinanza 3 COVID-19 abroga l'ordinanza 2 COVID-19 del 13 marzo 2020 (art. 28 Ordinanza 3 COVID-19). L'attuale art. 6f (precedentemente 6b) Ordinanza 2 COVID-19 è reintrodotta nell'**art. 27 Ordinanza 3 COVID-19**. L'ordinanza 3 COVID-19 è stata prorogata l'ultima volta fino al 31 dicembre 2021.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
1	Lockdown secondo l'Ordinanza 2 COVID-19 (incl. modifica del 16 marzo 2020)	Le assemblee generali (AG) possono ancora svolgersi come al solito?	<p>Il 16 marzo 2020 il Consiglio federale ha qualificato la situazione in Svizzera come "situazione straordinaria" e ha rafforzato le misure di protezione della popolazione. Ai sensi dell'Ordinanza 2 COVID-19 e della modifica del 16 marzo 2020 (RS 818.101.24), sono vietate tutte le manifestazioni pubbliche o private, comprese le manifestazioni sportive e le attività associative. Questo divieto era inizialmente in vigore fino al 19 aprile 2020 ed è stato prorogato prima fino al 26 aprile 2020 e in seguito fino al 10 maggio 2020. Secondo il Codice delle obbligazioni, i diritti sociali degli azionisti/soci/membri della società cooperativa/membri dell'associazione devono essere esercitati nell'AG. Per tutte le deliberazioni è richiesta la presenza fisica degli azionisti/soci/membri della società cooperativa/membri dell'associazione, nonché, ove consentito, dei loro rappresentanti personali o del rappresentante istituzionale in AG.</p> <p>Le AG con partecipazione fisica degli azionisti/soci/membri della società cooperativa/membri dell'associazione ai sensi del Codice delle obbligazioni sono considerate eventi ai sensi dell'art. 6 dell'Ordinanza COVID-19 e sono in linea di principio vietate (per l'"assemblea residuale" o casi particolari, vedi sotto).</p>
2	Regolamentazione speciale per le assemblee delle società secondo l'Ordinanza 2 COVID-19	Quali regole speciali si applicano per le AG?	<p>Per le AG, l'art. 6b (finora l'art. 6a) Ordinanza 2 COVID-19 prevede una disposizione speciale per consentire ai partecipanti di esercitare i loro diritti nel rispetto delle esigenze dell'UFSP in materia di igiene e di distanza sociale: L'organizzatore può disporre che i partecipanti esercitino i loro diritti soltanto per scritto o in forma elettronica (lett. a) o mediante un rappresentante indipendente designato dall'organizzatore (lett. b). La disposizione deve essere comunicata per scritto o pubblicata in forma elettronica al più tardi quattro giorni prima della manifestazione (art. 6b Ordinanza 2 COVID-19).</p>



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
3	Altri partecipanti	Gli altri partecipanti (segretario, CdA, ufficio di revisione, rappresentante indipendente, notaio) devono partecipare fisicamente all'AG?	<p>In base all'art. 6b, l'AG si svolge senza diritti di partecipazione fisica degli azionisti/soci/membri della società cooperativa/membri dell'associazione. Tuttavia, devono continuare ad essere presenti: un presidente (membro dell'organo superiore di direzione o di amministrazione), un segretario/scrutatore, se del caso, il rappresentante indipendente, se del caso, il rappresentante dell'ufficio di revisione, e un notaio in caso di deliberazioni dell'AG che richiedono un atto pubblico. Si continuerà quindi a tenere un "assemblea residuale" fisica.</p> <p>I rappresentanti degli uffici di revisione possono in ogni caso, e nel caso dell'AG secondo lett. a, anche tutti gli altri partecipanti, partecipare, per via elettronica, purché sia garantita l'identificazione.</p>
4	Autorizzazione	<p>È necessaria un'autorizzazione delle autorità cantonali per lo svolgimento dell'"assemblea residuale" ai sensi dell'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19?</p> <p>È ancora possibile tenere un'AG fisica con l'approvazione dell'autorità cantonale competente invece di avvalersi delle possibilità di cui all'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19?</p>	<p>No, l'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19 è una regolamentazione speciale per le assemblee delle società. Secondo l'Ufficio federale di giustizia (UFG), l'incontro dei partecipanti supplementari nell'ambito dell'"assemblea residuale" non è un'assemblea ai sensi dell'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19. Di conseguenza, l'"assemblea residuale" non necessita di un'autorizzazione da parte delle autorità cantonali competenti ai sensi dell'art. 7 Ordinanza 2 COVID-19 (indipendentemente dal numero di partecipanti all'"assemblea residuale"; tuttavia, essa deve essere limitata al numero minimo necessario di persone). Devono essere rispettate le disposizioni dell'UFSP in materia di igiene e di distanza sociale.</p> <p>Sì, in linea di principio è possibile ottenere un'autorizzazione dall'autorità cantonale competente per l'esecuzione di un'AG fisica (non è possibile rispondere qui alla domanda se l'autorità cantonale competente concederà un'autorizzazione in questo caso). A tale scopo l'organizzatore deve presentare alle autorità un concetto di protezione che deve comprendere (vedi in dettaglio l'art. 7 Ordinanza 2 COVID-19): misure per l'esclusione di persone malate o che si sentono male; adattamento delle condizioni di spazio in modo tale che le norme igieniche possano essere rispettate. Se le persone non possono partecipare a causa di malattia ecc., è necessario assicurarsi che possano partecipare elettronicamente o essere rappresentate. Se</p>



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
			possibile, tuttavia, anche se la cerchia degli azionisti fosse molto ristretta, si dovrebbe evitare la partecipazione fisica degli azionisti. Inoltre, un incontro mediante l'esercizio dei diritti per via elettronica o mediante un rappresentante indipendente secondo l'art. 6b sarà nella maggior parte dei casi meno impegnativo rispetto all'ottenimento di un'autorizzazione da parte delle autorità cantonali.
5	AG con azionista unico	Il divieto di cui all'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 si applica anche in caso di AG con azionista unico?	Un evento pubblico o privato ai sensi dell'art 6 Ordinanza 2 COVID-19 è un evento limitato nel tempo, svolto e pianificato in uno spazio o perimetro definito, a cui partecipano <u>più</u> persone. L'AG dell'azionista unico non è pertanto considerata un evento ai sensi dell'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19. Il fatto che all'AG dell'azionista unico possano partecipare fisicamente oltre all'azionista unico anche altre persone (altri partecipanti nel senso dell'"assemblea residuale") non cambia questo fatto; l'unico fattore decisivo è la partecipazione fisica o meno di più azionisti alla manifestazione. L'assemblea dell'azionista unico con gli altri partecipanti può essere tenuta senza l'approvazione dell'autorità cantonale competente. Non appena due o più azionisti partecipano fisicamente all'assemblea, la manifestazione rientra nel divieto di cui all'art. 6 Ordinanza 2 COVID-19.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
6	AG con un unico rappresentante	L'assemblea è soggetta al divieto di cui all'art. 6 Ordinanza 2 COVID-19 se un solo rappresentante (compreso il rappresentante di un organo della società) rappresenta tutti gli azionisti?	No, questa assemblea non è soggetta al divieto di cui all'art. 6 Ordinanza 2 COVID-19. In questo caso, vale quanto avviene per l'AG con azionista unico.
7	Altre forme giuridiche	Quali società possono avvalersi delle possibilità di cui all'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 per le loro assemblee?	La regolamentazione speciale secondo l'Ordinanza 2 COVID-19 si riferisce alle assemblee di <u>tutte</u> le società. Oltre alle società di capitali come le società anonime e le Sagl, sono considerate società in senso lato anche le società in nome collettivo, le società in accomandita, le associazioni e le società cooperative. Cfr. in questo contesto i contributi sulle singole forme giuridiche più avanti.
8	Altri organi	Anche gli altri organi (come l'organo superiore di direzione o di amministrazione) possono avvalersi delle possibilità di cui all'art 6b Ordinanza 2 COVID-19 per le loro assemblee o sedute?	Gli azionisti devono poter esercitare i loro diritti anche nell'attuale situazione "straordinaria". L'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 prevede quindi le possibilità su come si possano tenere le assemblee dei soci, che altrimenti devono essere svolte fisicamente. Per l'organo superiore di direzione o di amministrazione non è necessaria una regolamentazione speciale, poiché già il diritto applicabile <u>non</u> prevede l'obbligo dell'incontro fisico (cfr. ad esempio l'art. 713 cpv. 2 CO per le società anonime). L'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 è quindi applicabile solo per le assemblee dei soci, ma non per gli altri organi della società.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
9	Campo di applicazione temporale	Quali sono le AG che rientrano nella regolamentazione speciale secondo l'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19?	È decisivo che l'organizzatore decida e prenda le disposizioni appropriate durante il periodo previsto dall'ordinanza, cioè fino al 10 maggio 2020. Il momento in cui si svolge l'AG è irrilevante. È quindi possibile che l'AG sia convocata prima del 10 maggio 2020 e che le relative decisioni siano state indicate nell'invito ai sensi dell'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19, ma che l'AG stessa abbia luogo dopo il 10 maggio 2020.
10	Calcolo dei termini	Qual è la data rilevante per il calcolo del termine ai sensi dell'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19?	È determinante la data del timbro postale in cui le disposizioni ai sensi dell'art. 6b COVID-19 Ordinanza 2 sono state comunicate ai soci. Tuttavia, la data di ricevimento da parte del partecipante <u>non</u> è determinante.
11	Conferenza telefonica e videoconferenza	Secondo l'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 sono possibili AG in videoconferenza e conferenza telefonica?	Sì, l'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 consente l'esercizio dei diritti "in forma elettronica". In linea di principio, occorre garantire che ogni partecipante possa essere identificato/autenticato e possa esprimersi in assemblea, ascoltare i voti degli altri partecipanti ed esercitare i propri diritti, in particolare il diritto di voto (ciò significa che tutti i partecipanti devono riunirsi contemporaneamente per via elettronica, cosa che non sarebbe possibile, ad esempio, via e-mail). Tuttavia, non è prescritto il requisito di immagine. Anche nel caso di una conferenza telefonica o di una videoconferenza, deve essere redatto un verbale dell'AG.
12	E-Mail	Il voto per e-mail è possibile anche secondo l'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19?	L'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19 consente l'esercizio dei diritti "per scritto". La forma scritta equivale a una firma qualificata, ma non a una e-mail.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
13	Atto pubblico	La regolamentazione speciale ai sensi dell'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 si applica anche ai punti all'ordine del giorno che devono essere sottoposti all'atto pubblico?	Sì, le possibilità di cui all'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19 valgono per tutti i punti all'ordine del giorno - anche per le deliberazioni che richiedono un atto pubblico. In caso contrario, questa disposizione non avrebbe alcun effetto. Ai sensi dell'art. 6 cpv. 2 Ordinanza 2 COVID-19, le strutture accessibili al pubblico sono chiuse. Tuttavia, l'amministrazione pubblica (art. 6 cpv. 3 lett. j Ordinanza 2 COVID-19) e quindi anche il notariato di Stato rimangono aperti fino a nuovo avviso. Secondo il parere dell'Ufficio federale di giustizia (UFG), la disposizione dell'ordinanza deve essere interpretata nel senso che il notariato in libera professione non è "accessibile al pubblico" (art. 6 cpv. 2 Ordinanza 2 COVID-19) e che, di conseguenza, <u>non</u> deve essere chiuso. Viene così garantita la possibilità dell'atto pubblico. L'atto pubblico continua ad essere disciplinato dalle disposizioni cantonali sugli atti pubblici.
14	Convocazione/decisione	Come si procede se si desidera fare uso delle possibilità offerte dall'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19?	<p><u>Se il Consiglio d'amministrazione non ha ancora formalmente convocato l'AG</u>, per la convocazione dell'assemblea continuano ad applicarsi le disposizioni legali del Codice delle obbligazioni (ossia segnatamente la convocazione deve avvenire almeno 20 giorni prima dell'assemblea). Si consiglia di includere nella convocazione le disposizioni specifiche secondo l'Ordinanza 2 COVID-19, che ora si applicano in aggiunta alle disposizioni di legge (riferimento alle modalità di esercizio dei diritti dei partecipanti all'Assemblea, ecc.)</p> <p><u>Se l'AG è già stata convocata</u>, non è necessaria una nuova convocazione. Per le nuove disposizioni non è necessario rispettare i termini di invito, ma devono essere comunicati per scritto o pubblicati in forma elettronica almeno 4 giorni prima della manifestazione.</p>
15	Regolamentazione speciale secondo la modifica dell'Ordinanza 2 COVID-19 e dell'AG virtuale	La regolamentazione speciale per l'AG secondo l'Ordinanza 2 COVID-19 copre anche la possibilità	Nell'ambito della revisione del diritto della società anonima (16.077, progetto 1) sarà introdotta l'AG virtuale. Tuttavia, il progetto di revisione è ancora in fase di appianamento delle divergenze. Il Consiglio federale non può far entrare in vigore anticipatamente alcuna disposizione.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
		dell'AG virtuale secondo la revisione del diritto della società anonima?	<p>Con la regolamentazione speciale per le assemblee di società secondo l'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19, viene introdotta una regolamentazione simile, almeno fino al 10 maggio 2020. Tuttavia, le possibilità differiscono notevolmente su alcuni punti dell'AG virtuale secondo la revisione del diritto della società anonima:</p> <ul style="list-style-type: none">- Per l'AG virtuale in base alla revisione del diritto della società anonima è necessaria una base statutaria. Per poter usufruire delle possibilità di cui all'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19, non è necessaria <u>alcuna</u> base statutaria.- Nell'ambito di un'AG virtuale secondo la revisione del diritto della società anonima, il Consiglio d'amministrazione deve designare un rappresentante indipendente nella convocazione. L'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19 non contiene deliberatamente una tale esigenza.
16	Rappresentante indipendente	Quando e chi dovrebbe designare un rappresentante indipendente?	<p>Ogni <u>società quotata in borsa</u> è già tenuta a designare un rappresentante indipendente. È l'AG che è competente a designare il rappresentante indipendente. Se il rappresentante non può essere presente dopo la sua elezione, il Consiglio di Amministrazione è responsabile per la designazione di un sostituto.</p> <p>Le <u>società non quotate in borsa</u>, secondo il Codice delle obbligazioni, sono tenute a designare un rappresentante indipendente solo se offrono la rappresentanza degli azionisti da parte di un organo o di un'altra persona da loro dipendente. Salvo quanto diversamente previsto dallo statuto, il Consiglio di amministrazione nomina il rappresentante indipendente.</p> <p>Con la regolamentazione speciale per l'AG ai sensi dell'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19, gli azionisti possono essere obbligati a fare esercitare i loro diritti (tra cui il diritto di accesso, di informazione e di proposta) dal rappresentante indipendente. Per la designazione del rappresentante indipendente, l'organizzatore, ovvero il Consiglio di amministrazione nel caso di società anonime, è responsabile ai sensi dell'Ordinanza 2 COVID-19, qualora un tale rappresentante non sia già stato nominato.</p>



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
17	Requisiti formali per il rilascio di deleghe e istruzioni	Le deleghe e le istruzioni al rappresentante indipendente possono essere consegnate anche per via elettronica?	Per le società anonime quotate in borsa, la relativa ordinanza (Ordinanza contro le retribuzioni abusive nelle società anonime quotate in borsa) prevede che le deleghe e le istruzioni possano essere trasmesse anche per via elettronica. Ciò deve essere consentito anche per le società non quotate in borsa se si ricorre alla possibilità dell'art. 6b cpv. 1 lett. b dell'Ordinanza 2 COVID-19.
18	Rifiuto di partecipazione	È possibile vietare agli azionisti di partecipare all'AG rispettivamente di respingerli?	Secondo il Codice delle obbligazioni, gli azionisti hanno il diritto di partecipare all'AG. Le deliberazioni del Consiglio di amministrazione e dell'AG che revocano o limitano il diritto di un azionista di partecipare all'AG sono nulle. Le deliberazioni adottate in assenza dei partecipanti possono essere impugnate. Tuttavia, con l'Ordinanza 2 COVID-19, gli azionisti possono essere obbligati ad esercitare i loro diritti <u>esclusivamente</u> per scritto o in forma elettronica o tramite un rappresentante indipendente designato dall'organizzatore. Il diritto dell'azionista di partecipare fisicamente all'AG è pertanto temporaneamente limitato.
19	Rinvio dell'AG	Cosa succede se l'AG non può avere luogo nonostante le possibilità offerte dall'Ordinanza 2 COVID-19?	Se, nonostante le possibilità offerte dall'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19, l'organizzatore non si sente in grado di tenere una AG, deve rinviare l'AG a una data successiva. Il Codice delle obbligazioni prevede che il Consiglio di Amministrazione convochi l'Assemblea ordinaria entro sei mesi dalla chiusura dell'esercizio annuale. Tuttavia, questo termine è solo un termine ordinatorio; in caso di superamento del termine, la partecipazione all'Assemblea generale non diventa invalida, né le deliberazioni adottate possono essere impugnate per questo motivo. Nel corso del secondo semestre dell'anno potrebbe quindi essere convocata una nuova AG.
20	Società a responsabilità limitata (Sagl)	Gli stessi principi che si applicano all'assemblea generale di una società	Sì, in linea di principio sono applicabili per analogia le disposizioni del diritto della società anonima.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
		anonima valgono anche per l'assemblea dei soci di una Sagl?	Un'importante eccezione si applica per quanto riguarda lo svolgimento fisico di un'assemblea: nel caso di una Sagl, le decisioni dell'AG possono essere prese anche per scritto, a condizione che nessun azionista richieda una discussione orale. L'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 non ha quindi lo stesso significato per la Sagl come per la SA, ma è in linea di principio applicabile ugualmente. In particolare, i diritti dei soci di una Sagl possono essere esercitati anche in forma elettronica (conferenza telefonica o videoconferenza).
21	Società cooperativa	I principi applicabili alla società anonima valgono anche per l'AG della società cooperativa?	Poiché il diritto di rappresentanza presso l'AG delle società cooperative è limitato dalla legge e dallo statuto, la regolamentazione secondo l'art. 6b cpv. 1 lett. a Ordinanza 2 COVID-19 (esercizio dei diritti per scritto o in forma elettronica) è particolarmente importante per le cooperative. Queste possibilità si applicano anche se lo statuto non prevede la votazione per corrispondenza o se non sarebbe consentita dalla legge. Inoltre, il voto scritto o elettronico è possibile anche per l'assemblea dei delegati di una cooperativa.
22	Associazioni	I principi applicabili alla società anonima si applicano anche all'assemblea delle associazioni?	Poiché il diritto di rappresentanza all'assemblea è limitato dalla legge e dagli statuti, la regolamentazione secondo l'art. 6b cpv. 1 lett. a Ordinanza 2 COVID-19 (esercizio dei diritti per scritto o in forma elettronica) è particolarmente importante per le associazioni. In questo caso non è richiesta l'unanimità ai sensi dell'articolo 66 cpv. 2 CC. Ciò vale anche se lo statuto non prevede una risoluzione a maggioranza scritta. Inoltre, il voto scritto o elettronico è possibile anche per l'assemblea dei delegati di una associazione.
23	Fondazioni	Per le sedute dei consigli di fondazione valgono gli stessi principi che valgono per l'AG di una società anonima?	No. L'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19 regola solo le AG. La disposizione non si applica alle sedute/decisioni dell'organo superiore di direzione o di amministrazione di una società (ad es. il consiglio di amministrazione di una SA). Pertanto, la disposizione non è applicabile neanche alle assemblee/decisioni dei consigli di fondazione.



N.	Parola chiave	Domanda	Risposta
		Cosa vale per le assemblee degli investitori delle fondazioni d'investimento?	In base al riferimento dell'art. 3 cpv. 1 OFond (art. 53k LPP) al diritto delle società anonime, l'art. 6b Ordinanza 2 COVID-19 si applica anche alle assemblee degli investitori delle fondazioni d'investimento.
24	Assemblea dei comproprietari per piani	Gli stessi principi relativi all'AG di una società anonima si applicano alle assemblee dei comproprietari per piani?	Le comunioni di comproprietari per piani non sono società nel senso legale del termine. L'art. 712m cpv. 2 CC fa tuttavia riferimento alle disposizioni del diritto delle associazioni per quanto riguarda l'assemblea dei comproprietari. Di conseguenza, è applicabile anche l'art. 6b dell'Ordinanza 2 COVID-19. L'amministrazione della comunione dei comproprietari per piano può quindi in particolare ordinare che i comproprietari esercitino il loro diritto di voto per scritto o in forma elettronica.